

Elisa Hoven, Thomas Weigend: „Strafsachen“

Die Unwuchten des Rechts

Von Peggy Fiebig

15.07.2023

Was ist gerecht? Diese Frage stellt sich immer wieder, insbesondere wenn es darum geht, Menschen zu bestrafen. Anhand von 18 realen (und teils heftig diskutierten) Fällen untersuchen die Leipziger Strafrechtsprofessorin Elisa Hoven und ihr emeritierter Kölner Kollege Thomas Weigend, wie gerecht unser Strafrecht tatsächlich ist. Und warum es unser Gerechtigkeitsempfinden immer wieder herausfordert.

Wenn ein Raser, der einen Menschen getötet hat, mit einer Bewährungsstrafe davonkommt, während in einer anderen Stadt ein Mann wegen einer ähnlichen Tat wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wird, ist die Empörung groß. Wenn eine Ärztin verurteilt wird, nur weil sie auf ihrer Homepage über Abtreibungen informiert, ebenso. Die Aufzählung lässt sich beinahe täglich fortführen. Regelmäßig berichtet die Presse über Strafverfahren oder Gerichtsurteile, die die Gemüter hochkochen lassen.

Elisa Hoven und Thomas Weigend haben sich diese und andere Fälle angeschaut und dabei untersucht, warum sich die öffentliche Debatte an den jeweiligen Entscheidungen entzündet. Warum ist es für eine Gemeinschaft so wichtig, dass nicht nur gestraft, sondern dass gerecht gestraft wird? Die beiden Professoren wechseln dabei mehrmals die Perspektive. Dass Urteile als ungerecht empfunden werden, könne unterschiedliche Gründe haben, schreiben sie: eine (vermeintlich) falsche Anwendung der Gesetze durch Gerichte – Gesetze, die zu weit oder zu eng formuliert sind – oder wenn die abstrakten Grenzen, die Gesetze notwendigerweise ziehen müssen, dem Einzelfall nicht gerecht werden.

Wenn Kinder straffrei vergewaltigen

Die starre Altersgrenze der Strafmündigkeit beispielsweise führt immer wieder zu öffentlichen Debatten, in deren Verlauf Politiker fast schon reflexartig fordern, sie abzusenken und auch Kinder unter 14 Jahren vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen. Das Beispiel, das die Autoren gewählt haben, um diese Malaise zu beschreiben, ist der Prozess um die Vergewaltigung einer achtzehnjährigen Frau im Sommer 2019 in Mülheim a.d. Ruhr. Die Polizei konnte die Täter schnell ermitteln. Es waren fünf Jungen im Alter zwischen zwölf und

Elisa Hoven, Thomas Weigend:

Strafsachen

Ist unser Recht wirklich gerecht?

DuMont 2023

280 Seiten

23 Euro

14 Jahren. Doch während die drei Vierzehnjährigen zu Jugendhaft – teilweise ausgesetzt auf Bewährung – verurteilt wurden, bleibt die Tat für die beiden Jüngeren zumindest strafrechtlich folgenlos. Sie wechseln die Schule, heißt es lapidar im Buch. Eine rein formalistische Grenze entscheidet hier also zwischen Strafe und Nichtstrafe.

Im Großen und Ganzen gerecht

Eine Auflösung des Dilemmas gibt es nicht, dennoch liefern die Erläuterungen, die Hoven und Weigend in ihrem Buch liefern, wertvolle Hintergründe, um Gerichtsentscheidungen wie diese besser zu verstehen. Denn oft ist, was auf den ersten Blick skandalös erscheint, doch nur die Anwendung unseres in seiner Gesamtheit doch weitgehend gerechten Strafrechtssystems. So meinen es jedenfalls die Autoren: Im Großen und Ganzen folgten unser Gesetze den grundlegenden Regeln der Gerechtigkeit, schreiben sie, blenden aber dabei auch nicht aus, dass es doch hin und wieder Unwuchten gibt, die debattiert werden müssen und gegebenenfalls auch ein Eingreifen des Gesetzgebers verlangen.

Das aber, so mahnen Hoven und Weigend, sollte behutsam und wohlüberlegt erfolgen – sowohl dann, wenn es um Strafverschärfungen, als auch, wenn es um die Streichung von Straftatbeständen geht. Nicht jeder Vorstoß der letzten Jahre sei dabei gelungen, finden die Autoren. So begrüßen sie die Streichung des §219a – das „Werbeverbot“ für Schwangerschaftsabbrüche, auf dessen Grundlage in der Vergangenheit auch Frauenärztinnen für die bloße Bereitstellung von Informationen belangt wurden. Sie meinen aber auch, dass die Streichung des "Majestätsbeleidigungsparagrafen" nach der Auseinandersetzung zwischen dem Entertainer Jan Böhmermann und dem türkischen Präsidenten vorschnell und wohl eher aufgrund der Sympathiewerte der Protagonisten erfolgte. So aber sollte Rechtspolitik nicht funktionieren.

Die öffentliche Meinung, so wichtig sie sei, sei nicht immer der beste Ratgeber für gerechte Strafgesetze, so die Mahnung. Und wer wollte dem widersprechen?